

Niederschrift

über die 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.11.2014
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Bericht des Gesundheitsamtes Rhein-Kreis Neuss zur den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen	4
2 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Meerbusch 2015 bis 2020 Vorlage: FB2/0101/2014	5
3 Förderung von Kindern in der Kindertagespflege Vorlage: FB2/0041/2014	5
4 Haushaltsberatung 2015 Veränderungsliste	7
5 Vorstellung des 3. Jugendhilfeberichtes 2011 - 2013	13
6 Anträge	14
6.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 09.11.2014: Aufnahme von auswärtigen Kindern in Kindertageseinrichtungen	14
7 Anfragen	14
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	14
9 Termin der nächsten Sitzung: 11. Februar 2015	15
10 Verschiedenes	15

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Frau Kirsten Pabich Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

Herr Marco Becker

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Frau Karin Solbach-Kandel AWO

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Herr Christian Bößen Förderkreis Lanker Pfadfinder e.V.

Frau Sigrid Brennecke NABU

Herr Andreas Harms OBV Meerbusch e.V.

Herr Markus Lange BDKJ

Herr Daniel Marzinzik Jugendfeuerwehr Meerbusch

Beratende Mitglieder

Herr Hans-Jürgen Barbarino Stadtjugendring

Frau Katja Giesen Ratsmitglied Vertretung für Herrn Wolfgang Krumnacker

Frau Martina van Gerven Evangelische Kirchengemeinde

Frau Isabelle von Rundstedt Jugendamtselternbeirat

Herr Bernhard Zahn Katholische Kirchengemeinde

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

Herr Peter Annacker Vertreter der Stadt

Frau Rosalia Helbig

Frau Susanne Rieth
Frau Birgit Smitmans

Fachbereich 2
Fachbereich 2

Gäste

Herr Michael Eckert
Frau Dr. Klapdor-Volmar

Frau Dr. Vietmeyer

Ratsmitglied
Gesundheitsamt Rhein-Kreis
Neuss
Gesundheitsamt Rhein-Kreis
Neuss

Schriftführerin

Frau Angela Römmler-Graf

Fachbereich 2

es fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Frank Bachmann
Herr Wolfgang Burchartz
Frau Katrin Gora
Frau Sandra Grünkemeier
Herr Wolfgang Krumnacker
Herr Ulrich Steeger

Untere Schulaufsichtsbehörde
Polizeibehörde
Agentur für Arbeit
Katholische Kirchengemeinden
Integrationsrat
Familiengericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Der nachgereichte Antrag der FDP-Fraktion wird unter TOP 6.1 behandelt, die weiteren Anträge der Fraktionen von CDU & Bündnis 90/Die Grünen, SPD sowie DIE LINKE. und PIRATENPARTEI im Rahmen der Haushaltsberatung unter TOP 4.

Öffentliche Sitzung

1 Bericht des Gesundheitsamtes Rhein-Kreis Neuss zur den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen

Vorsitzende Schoppe begrüßt Frau Dr. Klapdor-Volmar und Frau Dr. Vietmeyer vom Gesundheitsamt des Rhein-Kreis Neuss, die anhand von Folien über die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen des Jahres 2013 berichten.

Die Folien werden im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Auf Nachfrage von sachkundigem Bürger Becker hinsichtlich der seit Beginn der Darstellung im Jahr 2002 angewendeten Erhebungsmethoden insbesondere im Bereich der vorschulischen Sprachförderung ergänzt Frau Dr. Klapdor-Volmar, dass hier die Untersuchungsmethoden seit 2008 deutlich differenzierter seien, was in NRW zu einem erkennbaren Anstieg der Förderbedarfe geführt habe. Der Erfolg der nach der PISA-Erhebung ab 2003 intensivierten vorschulischen Sprachförderung könne aufgrund dieser unterschiedlichen Methoden nicht bestimmt werden. In jedem Fall plädiere sie jedoch für einen frühest möglichen Förderbeginn. Gleichzeitig sehe sie in einem zum Teil extrem hohen Medienkonsum schon der Vorschulkinder eine deutliche Entwicklungsgefährdung.

Auf Hinweis von Vorsitzender Schoppe zur Elternverantwortung berichtet Frau Dr. Klapdor-Volmar weiter, dass für eine erfolgreiche Förderung auch die Eltern durch Aufklärungs- und Unterstützungsmaßnahmen sowie Kompetenztraining einbezogen würden. Aktuell laufe ein Präventionsprojekt bereits in der Schwangerschaft, das sich an beide werdende Elternteile richte.

Frau Dr. Vietmeyer berichtet in diesem Zusammenhang von der erfolgreichen Arbeit im Familienzentrum Sonnengarten, wo es gelinge, im stetigen Kontakt mit den Eltern eine positive Entwicklung zu erreichen.

Auf weitere Nachfrage von sachkundigem Bürger Becker erläutert Frau Dr. Klapdor-Volmar, dass auch die Kinder von Asylsuchenden/-berechtigten bei Einschulung in die 1. Grundschulklasse untersucht würden. Bei der sog. Seiteneinsteigereinschulung sei die Untersuchung zunächst durch die Erstaufnahmeeinrichtung erfolgt. Diese Kinder würden aber zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls begutachtet und bei besonderen Erkenntnissen an die niedergelassenen Hausärzte verwiesen.

Vorsitzende Schoppe dankt abschließend für den Vortrag.

2 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Meerbusch 2015 bis 2020 **Vorlage: FB2/0101/2014**

Beschluss: **vertagt**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt die Grundsätze der Förderung aus. Der vorgelegte Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Meerbusch solle den Trägern auch in den Jahren 2015 bis 2020 Planungssicherheit bieten. Ziel der eingearbeiteten Änderungen sei es aber auch, veränderte Rahmenbedingungen und Förderbedarfe angemessen zu berücksichtigen. So sei am 13.12.2013 mit dem Jugendcafé ein zusätzliches Freizeitangebot geschaffen worden, das seitens der Stadt mit jährlich 172.000 € bezuschusst werde. Zudem besuchten ca. 60 % der Kinder – mit zunehmender Tendenz - die OGATA sowie die verlässliche Grundschule, was einen jährlichen Zuschussbedarf von 700.000 € bedeute. Auch die Sportvereine stellten bei 5.400 in Vereinen organisierten Kindern eine Säule für Jugendfreizeit dar; hier leiste die Stadt Zuschüsse in Höhe von jährlich ca. 82.000 €. Mit den Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit seien vorab Gespräche geführt worden, Stellungnahmen des Stadtjugendrings sowie der Kath. Kirchengemeinde St. Mauritius und Hlg. Geist lägen dem Ausschuss vor.

Fachbereichsleiter Annacker erläutert sodann kurz die in der Vorlage vorgeschlagenen Änderungen. Die Verwaltung habe bei der Förderung der Einrichtungen der offenen Jugendarbeit insbesondere die Betriebskosten sowie die Programmkosten einer kritischen Betrachtung unterzogen. Die Personalkostenförderung bleibe ausdrücklich von Änderungen ausgenommen. Durch Aufstockung im Bereich der Programmkosten sollten die Träger neben der allgemeinen Projektarbeit zur Durchführung besonderer Projekte motiviert werden. Die Bezuschussung der Jugendpflegefahrten solle künftig zielgenauer den bedürftigen Eltern/Kindern zugute kommen. Zudem sei eine Gleichstellung des Stadtjugendrings mit dem Stadtsportverband beabsichtigt, wobei zur Stärkung des Stadtjugendrings die Teilnahme der Jugendverbände am Stadtjugendring zur Bedingung gemacht werde. Auch die Stärkung des Mütterzentrums durch Erhöhung des Förderbetrages sei Bestandteil des neuen Kinder- und Jugendförderplanes.

Ratsherr Wartchow dankt für die umfangreichen Erläuterungen, trägt aber vor, dass zwar vieles an der geplanten Neuausrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit nachvollziehbar und unterstützenswert sei, aber zu einigen Punkte noch Beratungsbedarf bestehe. Er beantragt daher die Vertagung der Beschlussfassung.

Es folgt eine intensive inhaltliche Diskussion über den vorgelegten Entwurf auch unter Einbeziehung der zur Haushaltsberatung unter TOP 4 gestellten Anträge von CDU & Bündnis 90/Die Grünen sowie der SPD-Fraktion.

Letztlich wird dem Vertagungsantrag von CDU & Bündnis 90/Die Grünen einvernehmlich zugestimmt. Die Beratung wird – den Haushalt 2015 betreffend – unter TOP 4 fortgesetzt.

3 Förderung von Kindern in der Kindertagespflege **Vorlage: FB2/0041/2014**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist eingangs auf die im Haushaltsentwurf 2015 bereits eingeplante Erhöhung des Betreuungsentgeltes in beiden Qualifikationsstufen um 0,20 €/Std., weshalb der Ansatz aus 2014 nochmals um 160.000 € auf 1.6 Mio € aufgestockt werde. Das Gesetz gebe kein einheitliches Entgelt vor, so dass jede Kommune eigene Sätze festlegen müsse. Derzeit befän-

den sich 200 U3-Kinder in Betreuung von ca. 80 Tagespflegepersonen. Zur Sicherung der Gleichwertigkeit dieses Betreuungsangebotes mit der Kindertageseinrichtung habe der Gesetzgeber zum 01.08.2014 das - in Meerbusch bereits 2013 durch Satzung beschlossene - Zuzahlungsverbot festgeschrieben. Dies habe im Einzelfall eine Reduzierung des Betreuungsentgeltes zur Folge gehabt. Auf Basis einer Umfrage bei den in der Vorlage aufgeführten Kommunen sei nun eine Erhöhung wie dargestellt vorgesehen. Die entsprechende Satzungsänderung würde mit Rückwirkung zum 01.01.2015 vorgelegt. Zur teilweisen Kostendeckung sei vorgesehen, die Elternbeiträge zum 01.08.2015 um 5% zu erhöhen, was in 2015 Mehreinnahmen von ca. 10.000 € bedeute.

Sachkundiger Bürger Becker kritisiert zunächst, dass dem Ausschuss lediglich eine Informationsvorlage vorgelegt worden sei, so dass er beabsichtige, den Haushaltsentwurf 2015 abzulehnen. Er führt erläuternd aus, dass – ausgelöst durch das nun auch gesetzliche Zuzahlungsverbot – derzeit viele Jugendämter die Entgelte erhöhten, auch um den damit verbundenen effektiven Einkommensverlust auszugleichen. Die von der Stadt vorgeschlagene Erhöhung sei im direkten Vergleich mit angrenzenden und vergleichbaren Jugendämtern unzureichend und in der Argumentation nicht stichhaltig. Er trägt zur Begründung weiter vor, dass der vom Land finanzierte Belastungsausgleich auch die Tagespflege subventioniere; zudem stelle der Bund für den U3-Ausbau nochmals ca. 4 Mio € zur Verfügung. Seines Erachtens verfüge die Stadt somit über ausreichende Mittel, um eine stärkere Erhöhung der Betreuungsentgelte zu finanzieren.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist die Kritik entschieden zurück und führt aus, dass die Stadt mit einer aktuellen bedarfsgerechten U3-Ausbauquote von 46% - zuzüglich der neuen Kita der Lebenshilfe e.V. ab Januar 2015 - deutlich über der Vorgabe des Landes von 32 % liege bei einem Anstieg der Aufwendungen in der Kindertagespflege von 2012 nach 2015 um ca. 550.000 €. Zusätzlich sei im Bereich der Kindertageseinrichtungen das Defizit von 2012 auf 2015 um ca. 1,9 Mio € angestiegen. Die investiven Ausgaben seien darin noch nicht erfasst.

Fachbereichsleiter Annacker ergänzt, dass die erhaltenen Konnexitätsmittel in Höhe von 720.000 € insgesamt 190 U3-Betreuungsplätzen entsprächen. Meerbusch verfüge jedoch bereits über 600 U3-Plätze. Zudem habe sich die Verwaltung an dem vom Land als auskömmlich vorgegebenen Stundensatz von 3,90 € orientiert, in dem - bei einem Betreuungsumfang von 25 Wochenstunden - neben den Sozialversicherungsaufwendungen auch der Verwaltungsaufwand sowie die Fachberatung eingerechnet seien. Auf den Hinweis von sachkundigem Bürger Becker, dass dieser Betrag bereits aus dem Jahr 2009 stamme und somit veraltet sei, verweist Fachbereichsleiter Annacker darauf, dass dieser Stundensatz dennoch weiterhin Grundlage des Konnexitätsausgleiches sei.

Ratsherr Eimer sieht einen Mangel darin, dass es die rot/grüne Landesregierung bisher nicht geschafft habe, die Entgeltsätze bei Kindertagespflege sowie die Elternbeiträge landeseinheitlich zu regeln. Anhand der von der Verwaltung dargelegten Informationen sehe er die jetzt beabsichtigte Erhöhung auf 4,50 €/Std. als angemessen an.

Ratsherr Wartchow verweist zum Abschluss der Diskussion auf den zur Haushaltsberatung vorgelegten Antrag von CDU & Bündnis 90/Die Grünen, den Stundensatz ab 01.01.2015 auf 4,50 € in der Stufe 2 (Aufbauqualifikation) zu erhöhen. Er erkenne den Wunsch des gesamten Ausschusses, die Entgelte zu erhöhen und bedauere, dass noch keine kreisweite Lösung erreicht sei. Es seien regelmäßige, maßvolle Erhöhungen anzustreben wobei zum jetzigen Zeitpunkt ein Entgelt von 4,50 € als angemessen betrachtet werde.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss die Informationsvorlage zur Kenntnis.

4 Haushaltsberatung 2015 Veränderungsliste

Produkt 050.341.010 Unterhaltsvorschuss Seite 337 - 342

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 050.341.010 / Unterhaltsvorschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Produkt 060.361.010 Förderung von Kindern in Tagespflege
Seite 353 - 358

PSK 5331 0000 Soz. Leistungen a.v.E. – Leistungen an Tagespflegepersonen

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Erhöhung der Stundensätze in der Qualifizierungsstufe 2 zum 01.01.2015 auf 4,50 €.

Der Ansatz ist somit um 27.000 € auf 1.627.00 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
FDP	1		
SPD	2		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG		1	
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen		1	
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	3		2
Gesamt:	11	2	2

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 060.361.010 / Förderung von Kindern in Tagespflege einschließlich der Veränderungsliste zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
FDP	1		
SPD	2		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG		1	
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen		1	
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		

sind			
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	3		2
Gesamt:	11	2	2

Produkt 060.362.010 Kinder- und Jugendarbeit Seite 359 - 364

SK 5318 0000 Zuw./Zusch. für lfd. Zwecke – Zuschüsse offene Jugendarbeit

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Erhöhung des Ansatzes 2015 für Zuschüsse im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf 450.000 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 060.362.010 / Kinder- und Jugendarbeit einschließlich der Veränderungsliste zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Produkt 060.363.010 Ergänzende und ersetzende Hilfen
Seite 367 - 372

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 060.363.010 / Ergänzende und ersetzende Hilfen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Produkt 060.363.020 Kinder- und Jugendsozialarbeit, Familienförderung
Seite 373 - 376

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 060.363.020 / Kinder- und Jugendsozialarbeit, Familienförderung zur Beschlussfassung vorzulegen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Produkt 060.363.030

Gesetzliche Vertretung

Seite 377 - 378

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 060.363.030 / Gesetzliche Vertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Produkt 060.365.010

Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen

Seite 379 – 392

PSK 4321 3000

Erstattung Verpflegungskosten

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, auf die Erstattung der Verpflegungsbeiträge wegen Nichtinanspruchnahme ab 01.01.2015 zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
FDP	1		
SPD	2		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	4		1
Gesamt:	14		1

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 060.365.010 / Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen einschließlich der Veränderungsliste zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
FDP	1		
SPD	2		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind			1

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	5		
Gesamt:	14		1

Produkt 060.366.010 Einrichtungen der Jugendarbeit Seite 393 - 397

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 060.366.010 / Einrichtungen der Jugendarbeit zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis einstimmig

Produkt 060.367.010 Sonstige Einrichtungen zur Förderung junger Menschen und Familien
– Erziehungsberatungsstelle
Seite 399 - 404

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 060.367.010 / Sonstige Einrichtungen zur Förderung junger Menschen und Familien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis einstimmig

Produkt 010.111.080 Serviceleistungen Baubetriebshof, soweit der Produktbereich 06 / Kinder-,
Jugend- und Familienhilfe betroffen ist Seite 72

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 010.111.080 / Serviceleistungen Baubetriebshof, soweit der Produktbereich 06 / Kinder-, Jugend- und Familienhilfe betroffen ist, zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis einstimmig

Produkt 010.111.140 Techn. Gebäudemanagement, soweit der Produktbereich 06 / Kinder-,
Jugend- und Familienhilfe betroffen ist Seite 108,111

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 010.111.140 / Techn. Gebäudemanagement, soweit der Produktbereich 06 / Kinder-, Jugend- und Familienhilfe betroffen, ist zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis einstimmig

Beratung und Beschlussfassung erfolgen produktweise unter Einbeziehung der als Tischvorlage aktualisiert vorgelegten Veränderungsliste sowie der zur Haushaltsberatung eingereichten Anträge der Fraktionen.

Zu folgenden Produkten wurden nach Beratung weitere Einzelbeschlüsse gefasst:

Produkt 060.361.010 **Förderung von Kindern in Tagespflege**
Seite 353 - 358

PSK 5331 0000 **Soz. Leistungen a.v.E. – Leistungen an Tagespflegepersonen**

a.) Ratsherr Eckert erhält Gelegenheit, den Antrag der Fraktion DIE LINKE und PIRATENPARTEI auf Erhöhung der Stundensätze für Tagespflegepersonen von derzeit 4,20 € auf 4,80 € zu begründen. Er verweist auf die bereits unter TOP 3 geführte Diskussion und hält den von CDU & Bündnis 90/Die Grünen kurzfristig nachgereichten Antrag für unzureichend. Meerbusch könne sich nicht damit zufrieden geben, im unteren Mittelfeld der umliegenden Gemeinden zu liegen; der von seiner Fraktion vorgeschlagene Kompromiss einer Erhöhung auf 4,80 € sei für Meerbusch tragbar. Er bitte daher um Zustimmung.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		3	
FDP		1	
SPD		2	
Bündnis 90/Die Grünen		1	
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen		1	
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind			1
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind		3	2
Gesamt:	1	11	3

b.) Dem Antrag von CDU & Bündnis 90/Die Grünen auf Erhöhung der Stundensätze in der Qualifizierungsstufe 2 zum 01.01.2015 auf 4,50 € wird mehrheitlich zugestimmt (s. Beschluss).

Produkt 060.362.010 **Kinder- und Jugendarbeit** **Seite 359 - 364**

SK 5318 0000 **Zuw./Zusch. für lfd. Zwecke – Zuschüsse offene Jugendarbeit**

a.) Unter Bezug auf die bereits unter TOP 3 geführte Diskussion beantragt Ratsherr Wartchow für CDU & Bündnis 90/Die Grünen die Erhöhung des Ansatzes 2015 um 11.200 € auf 450.000 €. Die durch die Vertagung gewonnene Zeit müsse nun seitens der Politik genutzt werden, mit den Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit Gespräche zu führen. Dem Antrag wird einstimmig entspro-

chen (s. Beschluss). Um den Trägern Planungssicherheit für das Jahr 2015 zu geben, wird für 2015 Bestandsschutz eingeräumt.

b.) Ratsherr Eimer erklärt den Antrag der SPD-Fraktion zur Förderung von Jugendpflegefahrten damit als erledigt.

Produkt 060.365.010 Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen
Seite 379 – 392

a.) PSK 4321 1000 Elternbeiträge

Ratsherr Eimer begründet den vorgelegten Antrag der SPD-Fraktion – der gleichermaßen für das Produkt Förderung von Kindern in Kindertagespflege sowie den Schulausschuss betreffend die Teilnahme von Kindern am Offenen Ganztage gelte – auf Änderung der Elternbeitragstabelle. Zur weiteren Entlastung der unteren Einkommensgruppen sollte der Elternbeitrag für die Einkommensstufen 1 und 2 (bis 37.000 €) entfallen und zur Kompensation 2 weitere Einkommensstufen für Einkommen von 97.000 € bis 120.000 € gebildet werden. Damit einhergehend werde eine Vereinfachung der Beitragstabelle gewünscht, möglicherweise durch veränderte Beitragsstufen in Abständen von jeweils 15.000 € (aktuell 12.000 €).

Grundsätzlich strebe die SPD-Fraktion weiterhin die Beitragsfreiheit für den Besuch von Bildungseinrichtungen an; diese scheitere aber derzeit noch an der Finanzierbarkeit. Es werde daher die stärkere Heranziehung höherer Einkommen zum Ausgleich der Entlastung geringerer Einkommen vorgeschlagen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		3	
FDP		1	
SPD	2		
Bündnis 90/Die Grünen		1	
UWG		1	
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen		1	
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind		5	
Gesamt:	3	12	

PSK 4321 3000 Erstattung Verpflegungskosten

a.) Ratsherr Eckert erhält Gelegenheit, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. und PIRATENPARTEI, von der geplanten Erhöhung der Verpflegungsbeiträge bei Über-Mittagbetreuung abzusehen, zu begründen. Er führt aus, dass seine Fraktion generell unzufrieden sei mit der vorgesehenen 5%-igen Erhöhung der Elternbeiträge und eine zusätzliche Anhebung der Verpflegungsbeiträge eine weitere Belastung von Familien bedeute. Auf die errechneten Mehrerträge von 36.600 € könne die Stadt verzichten, so dass er um Zustimmung bitte.

Fachbereichsleiter Annacker erläutert, dass Kinder aus Familien mit einem Jahreseinkommen unter 30.000 € im Regelfall Ansprüche auf Leistungen zur Bildung und Teilhabe (BuT) hätten. In diesem

Fall zahlten die Eltern pro Essen lediglich noch 1 €. Ein Verzicht auf die Erhöhung der Verpflegungsbeiträge führe somit lediglich zur weiteren Subventionierung der BuT-Leistungen.

Die Erhöhung wirke belastend nur auf Familien mit einem Einkommen unter 30.000 € jedoch ohne BuT-Anspruch. In diesen Fällen werde bei entsprechendem Nachweis ein Verpflegungskostenbeitrag von lediglich 2,60 € erhoben.

Sodann wird der Antrag von der Fraktion DIE LINKE. und PIRATENPARTEI mehrheitlich abgelehnt:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		3	
FDP		1	
SPD		2	
Bündnis 90/Die Grünen		1	
UWG		1	
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen		1	
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind			1
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind		5	
Gesamt:		14	1

PSK 4321 3000 Erstattung Verpflegungskosten

b.) Dem Antrag von CDU & Bündnis90/Die Grünen, auf die Erstattung der Verpflegungsbeiträge wegen Nichtinanspruchnahme analog der Verfahrensweise der freien Träger ab 01.01.2015 zu verzichten, wird mehrheitlich entsprochen (s. Beschluss).

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage trägt vor, dass damit der Ansatz 2015 auf 435.000 € erhöht werde.

Sachkundiger Bürger Becker bittet die Verwaltung im Übrigen um Prüfung, ob für den Neubau des Familienzentrums Am Sonnengarten durch die GWG aus den zusätzlichen Bundesmitteln für den U3-Ausbau noch eine Förderung sinnvoll sei.

Sodann beschließt der Ausschuss über 010 111 080 / Serviceleistungen Baubetriebshof und 010 111 140 / Techn. Gebäudemanagement, soweit der Produktbereich 06 / Kinder-, Jugend- und Familienhilfe betroffen ist.

5 Vorstellung des 3. Jugendhilfeberichtes 2011 - 2013

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist auf den in der Sitzung verteilten 3. Jugendhilfebericht. Die Vorstellung des Berichtes durch die Verwaltung erfolge in der nächsten Sitzung.

6 Anträge

6.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 09.11.2014: Aufnahme von auswärtigen Kindern in Kindertageseinrichtungen

Ratsherr Jörgens verweist auf den vorliegenden Antrag und macht dringenden Handlungsbedarf zur Anpassung der Aufnahmebedingungen für auswärtige Kinder in Meerbuscher Kindertageseinrichtungen und entsprechende Vereinbarungen mit umliegenden Kommunen geltend.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt dazu aus, dass der Beschluss im September 2012 zur Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz in Meerbusch gefasst worden sei. Solange Betreuungsplätze noch von Meerbuscher Kinder benötigt würden, sei die Aufnahme auswärtiger Kinder nur mit Ausnahmegenehmigung des Ausschusses möglich. Die Regelung sei bewusst zunächst bis 31.07.2015 befristet worden. Eine Umfrage der Verwaltung habe ergeben, dass außer der Stadt Krefeld bisher keine Kommune das Thema erneut aufgegriffen habe. Sie schlage daher vor, die Aufnahmesituation nach Inbetriebnahme der neuen Kita in Lank abzuwarten, möglicherweise seien die Engpässe dann überwunden.

Der Antrag wird zunächst zurück gestellt.

7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage informiert:

- die GWG werde im Dezember 2014 den Bauantrag für das Familienzentrum Am Sonnengarten einreichen;
- das Jugendcafé wird am Jahrestag seiner Eröffnung am 13.12.2014 sein einjähriges Bestehen feiern;
- Frau von Rundstedt wurde erneut zur Vorsitzenden des Jugendamtselternbeirates gewählt;
- die Sterntaleraktion 2014 wird in den nächsten Tagen anlaufen.

Vorsitzende Schoppe wünscht zum Ende der öffentlichen Sitzung um 19.30 Uhr allen Anwesenden und ihren Familien eine schöne Adventszeit, eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in das Neue Jahr 2015. Sie dankt für die gute Zusammenarbeit und wünscht sich die entsprechende Fortsetzung in 2015.

9 Termin der nächsten Sitzung: 11. Februar 2015

10 Verschiedenes

Es liegen keine Beiträge vor.

Meerbusch, den 27. November 2014

Petra Schoppe
Ausschussvorsitzende

Angela Römmler-Graf
Schriftführer/in